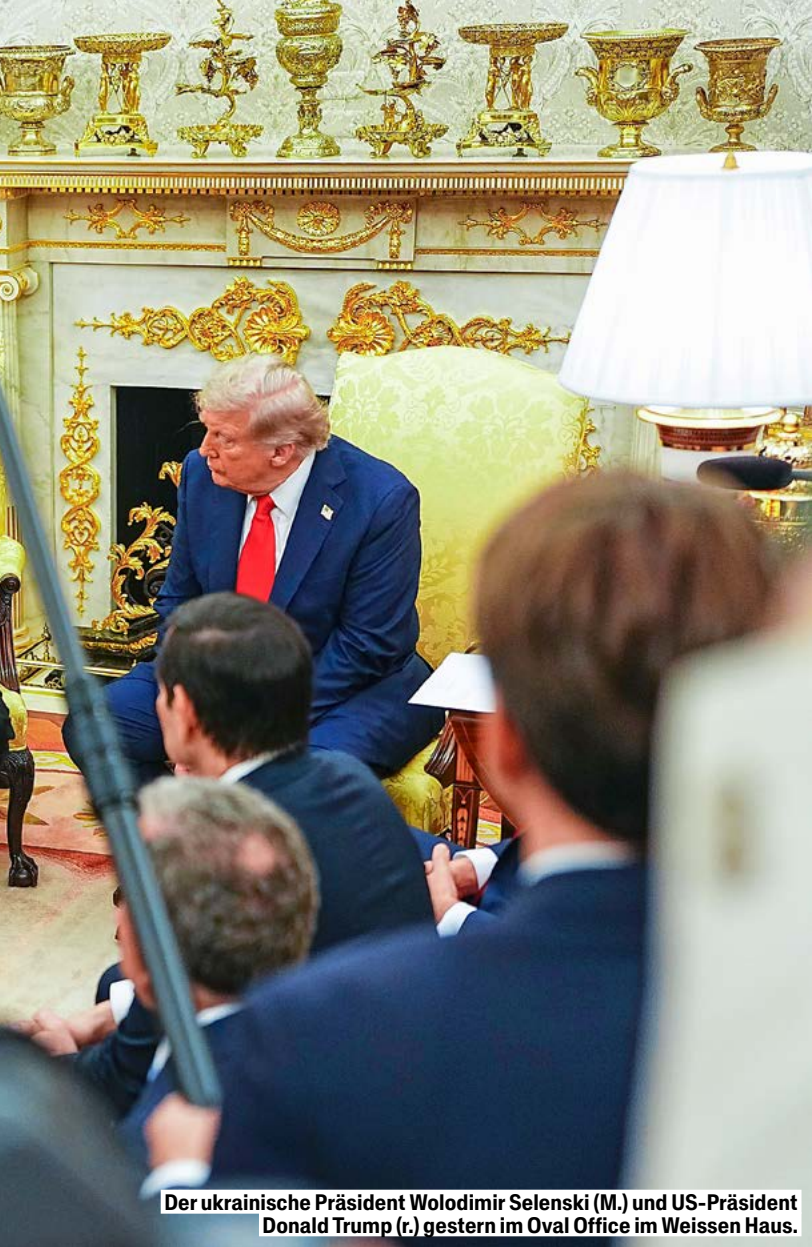


enski im Weissen Haus



Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski (l.) und US-Präsident Donald Trump (r.) gestern im Oval Office im Weissen Haus.

zurückkehren können.» Die Sicherheitsgarantien, welche die Ukraine erhalten könnte, sollten ähnlich ausgestaltet sein wie die Beistandspflicht, die es unter Nato-Ländern gibt.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (47) betonte, dass es neben den Sicherheitsgarantien auch eine «glaubwürdige» ukrainische Armee brauche. Dabei sei die «Koalition der Willigen» aus Europa bereit, ihren Anteil zu leisten. **«Sie können auf uns zählen», sagte er zu Trump, «wie auch wir auf Sie zählen können.»**

Den deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz lobte Trump als «sehr kraftvolle Person». Auch zollt er dessen Gesichtsbraune Respekt. Merz wiederum drängte auf einen raschen Waffenstillstand. «Die Verhandlungen werden kompliziert werden. Deshalb brauchen wir jetzt eine Waffenruhe», sagte er. Dafür brauche es Druck auf Russland.

Zum Abschluss der zweiten Pressekonferenz kündigte Trump an, dass die hochrangige Gruppe nun weiterarbeiten werde – um über Sicherheits-

garantien und Fragen zum ukrainischen Territorium zu beraten.

Insgesamt stimmt der Tag im Weissen Haus optimistisch, dass Trump das Gewicht der USA an der Seite der Europäer dafür einsetzen wird, Russland zu einem Frieden zu bewegen – ohne dass die Ukraine ihre Unabhängigkeit aufgeben muss: Trump behandelte die europäischen Partner mit Respekt – und er spodierte Selenski nicht wieder mit Schimpf und Schande aus dem Weissen Haus hinaus.

Selenski seinerseits war es gelungen, durch seinen diplomatischen Ton eine erneute Konfrontation zu vermeiden. Auch kann er auf die Unterstützung der Europäer zählen.

Es gibt neue Hoffnung für die Ukraine – aber auch viele ungeklärte Fragen: Wird Putin den Sicherheitsgarantien wirklich zustimmen? Welches Territorium wird Russland künftig kontrollieren? Und bleibt Trump bei seiner Meinung – oder kann ihn Putin schon beim nächsten Gespräch wieder umstimmen?

ellen»

beiter hatte man nicht zu sagen, erst recht nicht als Lehrling.»

Auch die Bedingungen, zu denen er damals angestellt war, seien teils fragwürdig gewesen. «Als Lehrling ist man der letzte Teil einer langen Kette, und das bekam ich da zu spüren.» **Bernhard war bei einem sehr wichtigen Arbeitgeber seiner Region – mit finanzieller Kraft und viel Einfluss** – beschäftigt. Deshalb traute er sich nicht, gegen die Probleme vorzugehen. Und er wusste auch gar nicht, wie er dies hätte tun sollen.



Claude Bernhard freut sich auf seinen neuen Job.

Heute blickt Claude Bernhard zuversichtlich in die Zukunft. Seinem jüngeren Ich – und allen, die gerade ins Berufsleben starten – würde er raten: sich nicht stressen lassen! Und sollte man mit 25 Jahren noch einen neuen Weg einschlagen wollen, solle man es lieber wagen, anstatt es dann mit 50 zu bereuen.

NASTASJA HOFMANN

SP lanciert Zahlenschlacht

Kostet uns das Eigenmietwert-Aus 500 Franken pro Haushalt?

Es ist ein hochemotionales Thema: die Abschaffung des Eigenmietwerts. Eine Steuer auf ein fiktives Mieteinkommen für Wohneigentümer. Nach einem jahrelangen Feilschen im Parlament fand sich eine bürgerliche Mehrheit für den Systemwechsel.

Das links-grüne Lager hielt dagegen. Zu hoch sind ihm die befürchteten Steuerausfälle von rund 2 Milliarden Franken bei Bund, Kantonen und Gemeinden.

Die Kosten sind ein gewichtiger Knackpunkt der Reform. **Denn irgendwie müssen die Gelder kompensiert werden**, so die Rechnung der SP – beispielsweise über allgemein höhere Steuertarife. Die Kantone Tessin und Wallis müssten die Einkommenssteuern um 4,5 Prozent erhöhen, um die Mindereinnahmen auszugleichen. Der Kanton Zürich um 3 Prozent.

«Der Mittelstand wird dafür als Kompensation zur Kasse gebeten. Das sind im Durchschnitt 500 Franken mehr Steuern pro Haushalt und Jahr», sagt SP-Nationalrätin und Casafair-Präsidentin Ursula Zybach (57, BE). Auf diese Summe kommt die Partei, indem sie die befürchteten Steuerausfälle auf die rund 4 Millionen Haushalte in der Schweiz verteilt.

Von den Steuererleichterungen würden in erster Linie einkommensstarke Wohneigentümer profitieren, so Zybach. «Ins-



Müssen die Steuern erhöht werden, um die Ausfälle zu kompensieren?

besondere wohlhabende Hausbesitzer, die keine Renovationen machen müssen und die Hypotheken abbezahlt haben, werden Steuern sparen.»

Doch diese Mindereinnahmen werde jemand übernehmen müssen. Da die Mehrheit der Bevölkerung keine Liegenschaft besitzt, würden insbesondere Mieterinnen und Mieter die Hauptlast tragen. **«Damit auch der Mittelstand, der deutlich seltener Wohneigentum besitzt»,** so Zybach. «Sei es über Steuererhöhungen, geringere Steuerabzüge oder einen Leis-

tungsabbau im Gesundheits- oder Bildungswesen in den Kantonen, es wird die breite Bevölkerung treffen.»

Die Befürworter der Eigenmietwert-Abschaffung hingegen bestreiten die 500-Franken-

«Wohlhabende Hausbesitzer werden Steuern sparen.»

SP-Nationalrätin Ursula Zybach



RUEDI STUDER

NEWS

Schweizer Hotels im Sommer gut gebucht

Neuenburg – Die Schweizer Hotellerie verzeichnet im Juli einen Übernachtungszuwachs von 1,9 Prozent im Vorjahresvergleich. Laut einer Schätzung des Bundesamts für Statistik hält der positive Trend aus den Vormonaten weiter an.

Weltweit steigen die Preise wegen Zöllen

München (D) – Konsumenten müssen sich global auch im laufenden Jahr auf steigende Preise einstellen. Laut einer Umfrage des deutschen Ifo-Instituts rechnen Fachleute im Durchschnitt mit einer Inflation von 4,0 Prozent. Hauptgründe sind anhaltende Handelskonflikte und höhere Zölle auf Importe.

Einkaufen bei Spar, bezahlen mit Kryptogeld

St. Gallen – Nach einem erfolgreichen Testlauf in der Stadt Zug können Kundinnen und Kunden nun in rund 100 Supermärkten von Spar mit Kryptogeld ihre Einkäufe begleichen. In weiteren vierzig Märkten sei die Installation der neuen Bezahl-App in Umsetzung, teilt das Unternehmen mit.

BÖRSEN & DEISEN	
SMI	12 071.9 (–0.0%)
DOW JONES	44 911.8 (–0.1%)
EURO/CHF	0.94
USD/CHF	0.81
GOLD	86 544 Fr./kg
ERDÖL	65.91 \$/Fass

Zum Dienst über den Röstigraben

Regierungsrat will Deutschschweizer in die Romandie schicken



Jean-François Steiert

«Parlez-vous français?», ein kurzer Satz, der viele Deutschschweizer ins Schwitzen bringt. Nun hat der Freiburger Regierungsrat Jean-François Steiert (64) einen Vorschlag präsentiert, wie der Röstigraben überwunden werden könnte: mit Unterstützung des Schweizer Militärs.

In einem Interview mit dem «Bieler Tagblatt» regte der ehemalige SP-Nationalrat an, **die Landessprachen systematischer zu fördern – insbesondere während des Militär-, Zivilschutz- oder Zivildiensts.** «Es müsste zur Regel werden, dass man mit Anderssprachigen zusammen Dienst leistet oder zumindest eine Zeit lang in einer anderen Sprachregion eingesetzt wird», so Steiert.

Zwar leisten bereits heute viele Rekruten ihren Dienst in verschiedenen Teilen der Schweiz, **doch eine verbindliche Austauschpflicht gibt es bisher nicht – zumindest nicht für Armeeangehörige.** Auf ihrer Website und in den sozialen Medien betont die Armee, dass «Mehrsprachigkeit gefördert» werde, doch handelt es sich dabei bislang hauptsächlich um Sprachaustausch-Programme für Lehrlinge innerhalb der Armee.

Steiert will den Austausch stärker institutionalisieren.



Steiert's Idee: Das Militär als Brückenbauer zwischen den Sprachregionen.

Nicht nur die Armee, sondern auch der Zivildienst könne hier einen Beitrag leisten: «Es müsste verpflichtend sein, einen Teil des Zivildiensts in einer anderssprachigen Region zu absolvieren», fordert er, der selbst zweisprachig aufgewachsen ist. Auf Anfrage von Blick bestätigt Steiert seine Position.

Die Idee ist allerdings nicht ganz neu: Ständerat Charles Juillard (62, Mitte) wollte 2021 vom Bundesrat wissen, ob die Armee in Betracht gezogen habe, die Soldatinnen und Soldaten in Bezug auf ihre geografische Herkunft zu mischen, um ein «besseres Verständnis der Sprache und der Kultur der an-

deren» zu fördern. Das verneinte die Landesregierung.

Weiter fragte Juillard, **ob man in den ersten Wochen der Rekrutenschule Sprachkurse anbieten könne.** Dies könnte für die jungen Rekrutinnen und Rekruten einen Anreiz für einen Sprachaufenthalt während ihrer Grundausbildung schaffen, so der Ständerat aus dem Jura.

Auch das verneinte die Regierung, weil in der Rekrutenschule «bereits jetzt sehr viel Wissen vermittelt» werde. Der Bundesrat sprach sich ausdrücklich gegen zusätzliche Aktionen zur Verbesserung der individuellen Sprachkompetenzen aus.

SOPHIE REINHARDT